

Discorso dell'avv. Felice Dafond, Presidente di ACT, in occasione della Conferenza delle organizzazioni cantonali dei Comuni a Duggingen (BL), 31 ottobre 2025

Der Kanton Tessin befindet sich aufgrund zwei Volksinitiativen, die im September vom Volk angenommen wurden, in grossen Schwierigkeiten.

Diese Volksinitiativen werden nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die Finanzen des Kantons, sondern auch auf die Finanzen der Gemeinden haben.

Es hat an individuellem und kollektivem Verantwortungsbewusstsein der Bürger gefehlt.

Die beiden Volksinitiativen betreffen das seit langem diskutierte Thema der Krankenkassenprämien. Das Tessin sieht sich seit einigen Jahren mit stetig steigenden Krankenkassenprämien konfrontiert, die im Tessin zu den höchsten der Schweiz gelten.

Die erste Initiative schlägt vor, dass den Höchstbetrag der abzugsfähigen Versicherungsaufwendungen anzuheben, um die Krankenkassenprämien vollständig abzugsfähig zu machen. (von 5'500 Franken auf 9'000 Franken pro Jahr für Alleinstehende bzw. von 10'900 Franken auf 18'000 Franken für Verheiratete)

Die zweite Volksinitiative fördert, dass die Nettokosten der Krankenkassenprämien in keinem Fall 10 % des verfügbaren Einkommens übersteigen dürfen. Das hätte zu Folgen eine massive Erhöhung der jährlichen Nettofinanzierung des Kantons. im Bereich der Reduktion der ordentlichen Prämien der obligatorischen Krankenversicherung zur Folge hätte.

Jeder möchte seine eigene Lösung einbringen, aber nicht alle vorgeschlagene Lösungen sind konkrete Antworten auf den Prämienanstieg, sondern haben sogar negative Auswirkungen, die die Situation weiter verschlechtern werden.

Nun muss entweder die Steuerlast erhöht werden oder andere Leistungen der Gemeinden und Kanton gesenkt werden, was jedoch keineswegs einfach ist.

Mit dem Ergebnis der Abstimmung, zu dem noch das mittlerweile konstante Defizit des Kantons in Höhe von rund hundert Millionen hinzukommt, werden die zusätzlichen Belastungen durch die Reform des Gesundheitssystems EFAS innerhalb weniger Jahre zu einem jährlichen Defizit von 700 Millionen Franken führen werden: eine enorme Summe im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Kantons, die auf rund 4,5 Milliarden belaufen. All dies bedeutet, dass, wenn man auf Bundesebene nicht in der Lage ist, dieses Thema anzugehen, besteht die Gefahr bald, dass alle Kantone, und damit auch die Gemeinden, in Zukunft mehr oder weniger mit schwerwiegenden finanziellen Folgen konfrontiert werden.

Avv. Felice Dafond / 31.10.2025